

»What the hell is going on?«

Autoritär aufgeladener Populismus in den US-Vorwahlen

Lars Brozus / Johannes Thimm

Viele in Europa sehen Donald Trump noch immer als Kuriosum der US-Politik. Größte Aufmerksamkeit erregt er durch Tabubrüche wie die Forderung nach einem Einreisestopp für Muslime »until our country's representatives can figure out what the hell is going on«. Sein Siegeszug bei den Vorwahlen mag den Besonderheiten des amerikanischen Wahlsystems geschuldet sein. Doch die sozialen Faktoren, die seinen Erfolg begünstigen, finden sich nicht nur in den USA: Unzufriedenheit der Wähler mit der politischen, ökonomischen und kulturellen Elite; Abstiegsängste der Mittelschicht als Folge liberaler Wirtschaftspolitik; Verunsicherung über gesellschaftlichen Wandel, der Misstrauen gegenüber allem nährt, was fremd erscheint. Mit autoritär aufgeladener populistischer Rhetorik verspricht Trump nationale Stärke und die Wiederherstellung politischer Selbstbestimmung, die seine Anhänger durch die Folgen einer entfesselten Globalisierung bedroht sehen.

Die Beteiligung von Republikanern an den Vorwahlen liegt auf Rekordniveau. Über 20 Millionen Wähler haben bereits an Abstimmungen in gut 30 Bundesstaaten teilgenommen. Als es 2008 um die Nachfolge George W. Bushs ging, betrug der Vergleichswert in denselben Bundesstaaten nur 13,5 Millionen Wähler. Obgleich bevölkerungsreiche Bundesstaaten wie New York, Pennsylvania und Kalifornien noch ausstehen, ist die Beteiligung schon jetzt größer als an den republikanischen Vorwahlen zwischen 1972 und 2012. Noch bemerkenswerter: der Grad an Mobilisierung unter Republikanern ist deutlich höher als unter Demokraten, die in den gleichen Bundesstaaten erst ca. 15 Millionen Wähler aktivieren konnten. Im Vergleich zu den Vorwahlen von 2008, bei

denen der Zweikampf zwischen Hillary Clinton und Barack Obama bei den Demokraten für eine Rekordbeteiligung sorgte, ist das ein Rückgang um ca. 25 Prozent.

Trump polarisiert – und mobilisiert

Trump führt einen unkonventionellen Wahlkampf, der ihm hohe Medienpräsenz und damit öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Immer wieder verstößt er gegen ungeschriebene Regeln, beleidigt Minderheiten oder legt sich mit Journalisten an. Mit seiner provozierenden und polarisierenden Art erreicht er viele Anhänger in Bevölkerungsgruppen, die nicht zur republikanischen Stammklientel zählen. Trump bringt aber auch führende Republikaner und Teile der

Parteibasis gegen sich auf. Zwar gewinnt er seit Beginn der Vorwahlen stetig an Unterstützung im republikanischen Lager, ist aber noch weit davon entfernt, dieses geschlossen hinter sich zu ziehen. Auch deshalb lassen sich aus der Mobilisierung im Vorwahlkampf keine verlässlichen Schlüsse auf den Ausgang der Hauptwahlen ziehen. Trumps gute Ergebnisse in Bundesstaaten, die sich in der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft erheblich voneinander unterscheiden, deuten jedoch darauf hin, dass sein Erfolg mehrere Gründe hat.

Ein Populist aus dem Lehrbuch

Ob bewusst oder nicht, Trump nutzt alle Instrumente aus dem Werkzeugkasten des Populismus. Typisch für populistische Bewegungen ist ein großes Misstrauen gegen politische Institutionen und etablierte Machtstrukturen. Ihnen wird die Idee eines Volkes gegenübergestellt, das nicht als pluralistisches Gebilde, sondern als homogene Einheit erscheint. Minderheiten werden marginalisiert, die Abgrenzung von »anderen« – nach innen wie nach außen – wirkt identitätsstiftend für die Mehrheit. Einfache Lösungen sind gefragt, deren Richtigkeit ungeprüft vorausgesetzt wird. Nahezu alle diese Elemente sind im Wahlkampf Trumps wiederzufinden. Doch warum hat er gerade jetzt damit Erfolg?

Trump nutzt die Wut auf »Washington«, worunter vor allem Bundesregierung und Kongress sowie die darum gruppierte »politische und intellektuelle Klasse« verstanden werden – eine Wut, die sich zunehmend auch bei Wahlen artikuliert. Nachwahlumfragen zeigen, dass unter Anhängern beider Parteien große Unzufriedenheit mit den Mechanismen und Ergebnissen des politischen Entscheidungsprozesses herrscht. Das Vertrauen in die politischen Institutionen auf Bundesebene ist seit Jahren rückläufig. Die Kritik am politischen Entscheidungsprozess ist nachvollziehbar. Die Weigerung der republikanischen Senatsmehrheit, die mit dem Tod von Antonin Scalia entstandene Lücke im obersten Gerichtshof

zu füllen, ist nur ein weiterer Ausdruck der Polarisierung und Dysfunktionalität des politischen Systems. Der Einfluss von Geld und Wirtschaftsinteressen auf die Politik ist so gut dokumentiert, dass manche Wissenschaftler von einer Oligarchie sprechen – eine Kritik, die auch der Demokrat Bernie Sanders mit Erfolg aufgreift.

Für die von Trump genutzte Rebellion republikanischer Wähler gegen die Parteiführung war die Tea Party ein zentraler Wegbereiter. Schon seit den Zwischenwahlen 2010 beehrten Kandidaten der Tea Party gegen das republikanische »Establishment« auf. Sie forderten langjährige Amtsinhaber heraus und ignorierten die Positionen von Parteifunktionären wie jene des Mehrheitsführers im Repräsentantenhaus. Noch etwas verbindet die Klientel der Tea Party mit der von Trump. Abweichend von der Programmatik der republikanischen Partei wollen sie die sozialen Sicherungssysteme nicht abschaffen. Vielmehr ist ihre Ablehnung der Politik Präsident Obamas einschließlich der Gesundheitsreform in der Wahrnehmung begründet, Obama begünstige Minderheiten zu Lasten der weißen Mehrheit.

Der Kern von Trumps Anhängern rekrutiert sich aus der weißen Mittelschicht, die um ihren Platz in einer sich wandelnden Gesellschaft bangt. Seine populistische Programmatik reagiert auf eine Gemengelage aus ökonomischen Sorgen und kulturellen Ängsten vor demographischem Wandel und Immigration. Hinzu tritt eine von Kriminalität und Terrorismus geprägte, allerdings fragwürdige Wahrnehmung abnehmender innerer wie äußerer Sicherheit.

»It's still the economy, stupid«

Trump schneidet in wirtschaftlich schwachen Regionen überdurchschnittlich gut ab, denn er thematisiert die ökonomischen Sorgen der Bevölkerung. Diese resultieren vor allem aus der Deindustrialisierung. Seit den 1980er Jahren ist der Anteil der Industrieproduktion an der Wirtschaftsleistung rückläufig. Zahlreiche Freihandels- und Investitionsabkommen gingen mit der Verlage-

rung industrieller Produktion in Niedriglohnländern wie China und Mexiko einher. Besonders Facharbeiter haben in der Folge gut bezahlte Arbeitsplätze verloren. Zwar entstanden im Gegenzug zahlreiche neue Jobs im Dienstleistungssektor. Diese sind aber nicht nur schlechter bezahlt, sondern auch erheblich unsicherer: Der Automobilarbeiter bei Ford verdiente mehr und war besser abgesichert als die Walmart-Angestellte oder der Paketbote.

Dass Trump diese Globalisierungsfolgen deutlicher als alle Mitbewerber in seiner Partei kritisiert, macht ihn zu einem attraktiven Kandidaten für Wähler, die um ihre soziale Zukunft bangen. In den letzten 25 Jahren wurde die Freihandels-Agenda von Administrationen beider Parteien gleichermaßen entschieden vorangetrieben. Die von Arbeitsplatzverlusten Betroffenen hatten keine politisch einflussreiche Lobby. Wenn Trump kritisiert, dass die USA mithilfe »Washingtons« regelmäßig von Ländern wie Mexiko, Japan oder China »über den Tisch gezogen« werden, und verspricht, dies zu ändern und Amerika wieder zu Größe zu verhelfen (»to make America great again«), kommt die Botschaft an bei denen, die sich als Verlierer der Globalisierung sehen.

Die Immobilien- und Finanzkrise hat die Situation noch verschärft. Die Erosion vor allem der weißen Mittelklasse und wachsende Ungleichheit sind nicht nur Alltagserfahrungen vieler Amerikaner, sondern auch wissenschaftlich belegt: Die soziale Mobilität ist in den USA spürbar zurückgegangen. Eltern »vererben« quasi ihren ökonomischen Status an ihre Kinder, der wirtschaftliche und damit auch gesellschaftliche Aufstieg wird seltener. Vom wirtschaftlichen Aufschwung und der proklamierten Renaissance der US-Industrie merken die meisten nichts. Da ökonomischer Status und politischer Einfluss zusammenhängen, verbindet sich die Angst vor wirtschaftlicher Deklassierung mit der Sorge, zusehends fremdbestimmt zu werden. Damit droht die generationenübergreifende Zementierung der eigenen Misere.

»Culture Wars« und innere Sicherheit

Die Wirtschaft ist jedoch nur ein Faktor im Wahlkampf. Trumps Wähler, so Studien, fühlen sich überdurchschnittlich stark verunsichert, sowohl durch kulturellen Wandel wie auch konkret in ihrer physischen Sicherheit. Unter den kulturellen Herausforderungen werden vor allem der demographische Wandel genannt sowie die Ausbreitung alternativer Lebensstile und Familienentwürfe, wie gleichgeschlechtliche Ehen oder Konstellationen, die von der Kernfamilie (Vater, Mutter, Kinder) abweichen. Steigende Kriminalität und terroristische Anschläge werden als Bedrohung der persönlichen Sicherheit wahrgenommen.

Die US-Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren markant verändert. Die Einwanderung trägt dazu bei, dass Weiße in absehbarer Zukunft nicht mehr die Mehrheit stellen. Zudem pochen Minderheiten vehementlicher auf ihre Rechte. Nachdem die Polizei 2014 in Ferguson, Missouri, einen unbewaffneten Schwarzen erschossen hatte, entstand mit »Black Lives Matter« eine Protestbewegung, die sich gegen Polizeigewalt, institutionellen Rassismus und die strukturelle Diskriminierung ethnischer Minderheiten wendet. Politisch wurde sie von der Bundesregierung unter Obama unterstützt, die mehrfach Untersuchungen anordnete, wenn Justizorgane in einzelnen Bundesstaaten nicht entschieden gegen diskriminierende Zustände vorgingen.

Diese Entwicklungen haben bei konservativen Weißen ein Gefühl der Marginalisierung aufkommen lassen und einen *Backlash* ausgelöst. Trump bedient dieses Sentiment, indem er sich klar zur Polizei bekennt, aber nicht eindeutig von Ku-Klux-Klan-Führer Duke distanziert. Kritiker seiner rassistischen Thesen lässt er aus Wahlkampfveranstaltungen entfernen und befürwortet sogar die Anwendung von Gewalt, um die Artikulation von Dissens auf diesen Veranstaltungen zu unterdrücken. Die Angst vor Terrorismus bedient Trump mit der Forderung nach einem Einreisestopp für Muslime. Zudem würde er nach eigener Aussage nicht davor zurückschrecken, Terrorverdächtige foltern

(»a lot worse than waterboarding«) und Angehörige von Terroristen töten zu lassen.

Autoritäre Einstellungen und politische Präferenzen

Trumps Intoleranz gegenüber politischen Gegnern und seine »law and order«-Positionen sprechen Personen mit ausgeprägten autoritären Einstellungen besonders an. Grob vereinfacht drückt sich eine autoritäre Haltung im Wunsch nach einer von Konformität und Uniformität bestimmten Gesellschaftsordnung aus. Um den Intensitätsgrad dieser Einstellungen zu ermitteln, wird in der Autoritarismusforschung nach der elterlichen Haltung zur Erziehung von Kindern gefragt. Je ausdrücklicher die Befragten ein hierarchisches Modell befürworten, das auf Gehorsam und Wohlverhalten beruht, desto stärker die autoritäre Einstellung. Durch Fragen nach Erziehungsmodellen lassen sich Einstellungen und politische Präferenzen unabhängig voneinander erheben, das mit Sympathie für autoritäre Regierungsformen verbundene Stigma wird dabei vermieden. Auch wegen dieses Stigmas sind autoritäre Einstellungen politisch meist latent. Im Falle einer schweren Verunsicherung können sie aktiviert werden, wenn ein attraktiver Kandidat oder eine Bewegung ihnen Resonanz gibt. Trumps Erfolg ist ein Indiz für diese Aktivierung. Tatsächlich zeigen repräsentative Umfragen, dass unter seinen Wählern autoritäre Einstellungen überdurchschnittlich verbreitet sind.

Eine autoritäre Einstellung korreliert mit der Präferenz für einen starken Führer. Dieser soll Gefahren für die persönliche und öffentliche Sicherheit abwenden, wobei die Ausübung von gewaltsamem Zwang als erfolgversprechendes Mittel begrüßt wird. Trumps autoritäre Neigungen sind unübersehbar. Er markiert den starken Mann und sympathisiert offen mit autoritären Regimen. Putin hat er Respekt bekundet und die blutige Niederschlagung der Proteste 1989 auf dem Tiananmen-Platz nicht eindeutig verurteilt. Zudem propagiert er simple Lösungen wie den Bau einer Mauer

an der Grenze zu Mexiko, um illegale Migration zu unterbinden. Dass Trump gerade mit der Thematisierung der Migration erfolgreich ist, dürfte kein Zufall sein: Zuwanderung, zumal illegale, gilt als Faktor, der einerseits ökonomische Konkurrenz verschärft und andererseits einen Anstieg von Kriminalität und auch Terrorismus zur Folge hat. Damit gelingt es Trump, die latent vorhandenen autoritären Einstellungen in der amerikanischen Gesellschaft politisch zu aktivieren und für sich zu nutzen.

Wie viele Populisten lässt sich Trump nicht einfach in ein Rechts-links-Schema einordnen. Seine Kritik an Freihandel und Globalisierung findet Anknüpfungspunkte sowohl im Lager der Rechten wie in jenem der Linken, während die Unterstützung für soziale Sicherungssysteme und progressive Steuern ihn von den meisten Republikanern unterscheidet. Trump, der nicht sonderlich religiös ist, stößt mit seinem Lebensstil und seiner ehemals liberalen Haltung in der Abtreibungsfrage auf Kritik bei der christlichen Rechten. Auch seine außenpolitischen Positionen sind unorthodox. Er kritisiert George W. Bush scharf für den Irakkrieg von 2003. Seine Ankündigung, das amerikanische Engagement für die Sicherheit der Verbündeten zu reduzieren, widerspricht einem überparteilichen Konsens in der US-Außenpolitik. All dies kann ihm bei Unabhängigen und Demokraten nützen.

Insbesondere seine ablehnende Haltung gegenüber Minderheiten, seine Xenophobie und seine Feindseligkeit gegenüber dem Islam rücken Trump in die Nähe europäischer Rechtspopulisten. Auch diese wissen ökonomische Unsicherheiten, Ärger über politische und ökonomische Eliten sowie Ressentiments gegen Zuwanderer und Minderheiten zu nutzen. Der Begriff des Wutbürgers ist in Europa wohlbekannt. Ob Trump am Ende für die Republikaner ins Rennen gehen wird oder nicht – dass seine Kandidatur sich innerhalb weniger Monate von einer Lachnummer zu einer ernstzunehmenden Herausforderung entwickelt hat, sollte den Blick für gesellschaftliche Probleme schärfen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364